



Grosser Gemeinderat Wetzikon  
Frau Brigitte Meier Hitz  
Bahnhofstrasse 167  
8622 Wetzikon

Wetzikon, 15. März 2021

## Motion

# Kommunaler Mehrwertausgleich

**1. Die Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Wetzikon vom 15. und 18. Dezember 2014 wird gemäss den Musterbestimmungen des Kantons zur Umsetzung von §19 des Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG) wie folgt ergänzt:**

### *Erhebung einer Mehrwertabgabe*

Auf Planungsvorteilen, die durch Auf- oder Umzonungen entstehen, wird eine Mehrwertabgabe im Sinne von § 19 des Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG) erhoben.

Die Freifläche gemäss § 19 Abs. 2 MAG beträgt 1'200 m<sup>2</sup>

Mehrwertabgabe beträgt 40 % des um Fr. 100'000.- gekürzten Mehrwerts.

### *Erträge*

Die Erträge aus den Mehrwertabgaben fliessen in den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds und werden nach Massgabe des Fondsreglements verwendet.

**2. Der Stadtrat legt dem Grossen Gemeinderat zusammen mit der Vorlage zur Einführung des Mehrwertausgleichs einen Vorschlag für das kommunale Fondsreglement vor.**

## Begründung

Im Rahmen der übergeordneten Gesetze von Bund und Kanton sind die Zürcher Gemeinden verpflichtet, bis spätestens 1. März 2025 auf kommunaler Ebene eine Regelung zum kommunalen Mehrwertausgleich in ihre Bau- und Zonenordnungen (BZO) aufzunehmen. Das Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) und die dazugehörige Verordnung (MAV) des Kantons Zürich sind per 1. Januar 2021 in Kraft getreten.



Die Gemeinden – die Stadt Wetzikon gehört dazu –, die per 1. Januar 2021 noch keine kommunale Regelung in ihrer BZO festgesetzt haben, dürfen jedoch keine Mehrwertabgabe erheben, bis sie ihre eigene BZO revidiert haben. Dies gilt auch für eine Mehrwertabgabe im Rahmen von städtebaulichen Verträgen, wie sie auf kommunaler Ebene zum Beispiel bei Gestaltungsplänen jeweils zur Anwendung kommen. Alle anderen vergleichbaren Städte haben Ihre Aufgaben gemacht, um nicht unnötigerweise mögliche Einnahmen in Millionenhöhe zu verlieren.

Beim Mehrwertausgleich geht es darum, dass ein Teil des Mehrwerts, der bei Auf- oder Umzonungen zu Gunsten der Grundeigentümerinnen und -eigentümer entsteht, der Stadt weitergegeben wird. Dieser Mehrwert entsteht allein aufgrund des staatlichen Handelns. Mit den erwähnten Planungsmassnahmen entstehen in der Regel Infrastruktur-Kosten, die durch die öffentliche Hand finanziert werden müssen.

Der Erlös der Mehrwertabgabe fliesst in einen zweckgebundenen Fonds, der einen Teil der Kosten, die zu Lasten der öffentlichen Hand entstehen, abfedern wird, und zwar (gem. Musterreglement) für

- a. die Gestaltung des öffentlichen Raums, insbesondere die Erstellung, Gestaltung und Ausstattung von Parks, Plätzen, Grünanlagen oder mit Bäumen bestockten Flächen, die sich für den Aufenthalt der Bevölkerung im Freien eignen oder das Wohnumfeld verbessern,
- b. Erholungseinrichtungen und andere öffentlich zugängliche Freiräume wie etwa Wege, Ufer von Gewässern, Rastplätze, Spielplätze und sanitärische Anlagen oder andere Formen der infrastrukturellen Ausstattung von Erholungsgebieten,
- c. die Verbesserung des Lokalklimas durch Baumpflanzungen, allgemeine Grünflächen, Dach- oder Fassadenbegrünung, Massnahmen zum Speichern und Verwenden von Regenwasser,
- d. die Verbesserung der Zugänglichkeit von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs und von öffentlichen Einrichtungen mit Rad- und Fusswegen,
- e. die Erstellung von sozialen Infrastrukturen, wie soziale Treffpunkte und ausserschulische Einrichtungen, beispielsweise Quartier-, Jugend- oder Seniorentreffpunkte und Kinderbetreuungseinrichtungen,
- f. die Planungskosten für die Überdeckung von Verkehrsinfrastrukturen,
- g. die Verbesserung der Bau- und Planungskultur, wie Beteiligungsprozesse.

Die Stadt Wetzikon hat es bis heute unterlassen, für die dazu nötigen Grundlagen zu sorgen, damit ihr bei den verschiedenen laufenden Planungsverfahren keine Beteiligung an den Mehrwerten entgeht.



In Anbetracht der regen Planungs- und Bautätigkeit sowie der angespannten Finanzlage der Stadt Wetzikon wird der Stadtrat aufgefordert, so rasch wie möglich diese Grundlagen für die Erhebung einer kommunalen Mehrwertabgabe zu schaffen.

Freundliche Grüsse  
SP Fraktion

Erstunterzeichner

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Wachter'.

Christoph Wachter

Gemeinderat

Mitunterzeichner

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Spiess'.

Barbara Spiess  
Gemeinderätin, Fraktionspräsidentin

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Altwegg'.

Martin Altwegg  
Gemeinderat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Delhasani'.

Advije Delhasani  
Gemeinderätin